



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Günther Knoblauch, Susann Biedefeld, Reinhold Strobl, Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte, Arif Taşdelen SPD**

Ausbildung im Fachbereich Finanzwesen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird gebeten, mündlich im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes zu der von der Bayerischen Finanzgewerkschaft geäußerten Kritik zur Organisation des Studiums zum Diplom-Finanzwirt an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Wie erklärt sich die Staatsregierung die eklatanten Unterschiede in der Benotung zwischen den freien Hochschulen und der Hochschule für den öffentlichen Dienst?
2. Wie will die Staatsregierung sicherstellen, dass auch in Zukunft alle Stellen in den Finanzämtern und den Landesämtern für Finanzen und Steuern besetzt werden, wenn jedes Jahr über 40 Prozent der Studierenden ausgesiebt werden?
- 3a. Will die Staatsregierung die derzeitigen personellen Strukturen an der Hochschule für den öffentlichen Dienst verändern?
- 3b. Wenn ja, bis wann soll mehr Personal eingestellt werden?
- 3c. Wenn nein, warum nicht?
4. Wie beurteilt die Staatsregierung die Problematik, dass durch zu niedrige Einstiegsgehälter im Staatsdienst die Anreize in die Privatwirtschaft zu gehen weiter wachsen?

Begründung:

Der Vorsitzende der Bayerischen Finanzgewerkschaft kritisiert in der Ausgabe der bfg-Zeitung vom September 2017 die derzeitige Situation im Studiengang Diplom-Finanzwirt an der Hochschule für den öffentlichen Dienst mit deutlichen Worten. Anlass dafür ist die erneut niedrige Zahl an erfolgreich abgelegten Diplomprüfungen in diesem Studienfach und die daraus resultierenden Probleme für die personelle Besetzung der Finanzämter und Landesämter.

Die derzeitige Personalausstattung an der Hochschule sei den neuen Standards nicht mehr angemessen, so dass inzwischen auch die Lehre darunter leiden würde. Gleichzeitig sind die Anforderungen an die Studierenden offensichtlich besonders hoch, da an freien Hochschulen regelmäßig bessere Notendurchschnitte erzielt werden. Darüber hinaus ist das Einstiegsgehalt zu niedrig, so dass die Privatwirtschaft häufig leichtes Spiel hat und die besten Bewerber für sich gewinnen kann.

Die einzelnen Punkte, die in dieser Kritik angesprochen wurden, zeigen für sich alleine genommen bereits einen großen Handlungsbedarf im Bereich des Studiengangs. Zusammen genommen können sie jedoch auf eine völlig fehlgeleitete Ausbildungsstrategie hindeuten. Umso wichtiger ist es, dass die Staatsregierung Stellung zu dieser Kritik nimmt und mögliche Verbesserungen benennt.